

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittag außer
Samstag und ist durch die
Abonnement, neue Gravurfr. 5/6.
durch die Post und
durch Buchhändler zu beziehen.
Preis vierter Jahrszahl Mf. 2,50,
pro Woche 20 Pf.
Gesetzgebungsl. Nr. 2789.

Telephon
Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkähnige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Anzeigengebühr
beträgt für die einzige
Zeitung oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereine und
Personenvereinigungen 10 Pfennige.
Anträge für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der
Redaktion abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 110.

Sonnabend, den 13. Mai 1899.

10. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Die Nationalsozialen.

Bor Kurzem hat einer der Besten aus dem Häuslein der nationalsozialen, ein weit über den engen Kreis dieser herausgeschärfter Mann, der Pastor Paul Göhre, die nationale „Partei“ (?) verlassen, ohne zunächst Genaueres über die Ursachen dieses auffälligen Scheiters bekannt zu geben. Nunmehr veröffentlicht Göhre über seinen Austritt im letzten Seite der „Bukurst“ eine längere Erklärung, die des Interessanten genug bietet, wenn sie auch über einiges, namentlich der Göhres sejige Stellung, Genaueres und Bestimmtes nicht bringt. Göhre erklärt:

„Meine Freiheit von den Nationalsozialen ist nicht von einem Tage zum andern erfolgt. Sie hat sich vielmehr in einer langen inneren Entwicklung sehr allmählich vor dem Ende Anno 1898 ergeben. Ich erinnere öffentliches Schreiben, das die Lehrling einer nationalsozialen Reichstagkandidatur für die letzten Wahlen. Nach deren Bekanntgabe habe ich mich dann überhaupt von aller Beziehung an nationalsozialer Agitation entzogen. Meine ganze nationalsoziale Verhältnischaft brachte es auf eine sehr schwere Debatte mit Herrn Geheimrat Sohn, und auf einige Artikel, die ich bis Ende vorigen Jahres für „die Hilfe“ schrieb. In diesen Jahren habe ich dann auch diese beschränkte Mitarbeit eingestellt.“

Göhre schildert dann seinen Entwicklungsgang. Als er entschlossen habe, Theologe zu werden, sei das aus dem religiösen Motiv geschehen, „der Arbeiterbevölkerung — und nur ihr — religiös zu dienen“. Im weiteren Verlauf seiner Entwicklung sei der proletarisch-sozialistische Gesichtspunkt gleich stark und ausschlaggebend neben seine religiösen evangelisch-sozialen Motive getreten, und ähnlich sei es seinem Brüdergenossen, den „Jungen“ unter den Evangelisch-sozialen, gegangen.

Für uns Alle wurde der proletarisch-sozialistische Gesichtspunkt unserem christlichsozialen Wirken einfach maßgebend. Und zwar steht, daß uns wohl Alle damals zeitweilig der Gedanke stark bestimmt, in die Sozialdemokratie einzutreten.“

Unter den Gründen, die die „Jungen“ Evangelisch-sozialen gleichwohl vor einem Anschluß an die Sozialdemokratie scheiterten, nennt Göhre namentlich „die unbedingte nationale und monarchische Gestaltung“, die sie damals (1891) „stärker als alle spätere Zeit“ beherrschte habe, die Hoffnung, aus den evangelischen Arbeitervereinen eine leistungsfähige Arbeiterbewegung zu schmieden, und endlich die Hoffnung, „aus dem Neuen Testament, aus der historisch festgestellten Lehre und dem geschichtlichen Leben Jesu einen originellen proletarischen Sozialismus entwickeln und proklamieren“ zu können. Aber beide Hoffnungen erwiesen sich bald als trügerisch. Das Evangelische als Ausgangspunkt für politisch-soziale Arbeit wurde als unmöglich erkannt. Dabei, schreibt Göhre,

„war mir persönlich nicht zweideutig, daß diese ethisch- und religiösen Grundsätze (des Christentums) zu einer Brüderlichkeit unbedingten Anteilnahme für die Arbeiterinteressen, „für die Sache alter kleinen Leute“, führten mügten und daß es von da aus nur eine sehr unzureichende Frage, nur eine Frage der Zeit, des Temperaments oder anderer persönlicher Umstände sei, ob diese Anteilnahme sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei oder außerhalb, in einer neuzubildenden politischen Gruppe, beobhätigte.“

Da trat Naumann mit seinen nationalsozialen Plänen auf, und Göhre schloß sich ihm an, wobei er, wie er schon damals äußerte haben will, den „nationalsozialen Verein gewissermaßen nur als ein Provisorium ansah“ und den Gedanken an ein späteres Aufgehen in der sozialdemokratischen

Arbeiterpartei nicht abwies. Anfangs ging nun Alles gut und in Göhre bestätigte sich die Hoffnung, daß

die Elemente, die, unbedingt auf bürgerlichem Boden stehend, nicht irgendwie proletarisch-sozialistische, sondern nur verschiedene starke sozialreformerische Anschaufungen nach Einsturz zum ersten Delegiertentag geführt hatten, schnell und sicher abgesunken, daß desto mehr Arbeiterkreise aller Art, bis hinein in die Säulen der kleinen Beamten, Lehrer, Bauern und Handwerker, angezogen werden würden.“

Einen Umschwung in der Entwicklung der Nationalsozialen darf nun Göhre von dem Auftreten des nationalsozial gewordenen Max Lorenz. Mit seinem Auftreten begann sich eine erste schwere Wendung der Nationalsozialen gegen die bisher einzige durch und durch proletarisch-sozialistische Interessenvertretung der Arbeiter anzubauen; sie erhält ihre Fortsetzung dann durch das Vorgehen des Herrn Geheimrats Sohn und anderer.“

Göhre schildert dann seinen Zwist mit Sohn, der dann durch Annahme einer Kompositionssolution auf dem 97er Delegiertentag formell beigelegt wurde. Aus dieser Resolution ging aber deutlich das eine hervor, daß der Delegiertentag von 1897 „nicht wollte, daß die Nationalsozialen eine proletarische nationalsozialistische Partei, eine Interessenvertretung der Arbeiter, seien“. Der Delegiertentag hatte also gegen Göhres, Ausschaffung entschieden. Göhre versuchte trotzdem auf dem Boden der Resolution für die nationalsozialen Kandidaten zu agitieren, ließ sich aber selber nicht als Kandidaten aufstellen. Das Ergebnis der Wahlberechtigung war nun aber nach Göhre für die Nationalsozialen,

daß die nationalsoziale Bewegung tatsächlich zu einer bürgerlichen Partei geworden ist. Und nicht an neuen Resolutionen, die etwas gefaßt wurden, nicht an Programmänderungen, die vorgenommen wurden, zeigte sich das, sondern rückt und klar an dem Beschuß über die Beteiligung an den Wahlen. Das Ergebnis war, daß bestimmte Einschätzungen stattfanden für nationalsozialistische Kandidaten auf Grund ihrer Zusicherung, gegen eine Beschränkung des Wahlrechtes und der Kandidatenfreiheit einzutreten zu wollen, in Dithmarschen, in Leipzig-Stadt und Zena, daß eine Warnung vor einem solchen Kandidaten in Friedberg-Büdingen stattfand und daß im Uebrigen Freiheit der Stimmbürgere gerathen wurde für die anderen in Betracht kommenden Wahlkreise“. Dies letzte war das Meiste: eine Empfehlung, für auch nur einen sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten, war nicht möglich.“

Damit war die nationalsoziale Bewegung entgültig zu einer bürgerlichen Parteigruppe gestempelt.

Göhre führt fort:

„Ganz konsequent fiel denn auch die Haltung der Nationalsozialen gegenüber der Deynhauser Ratsrede so aus, wie sie für eine bürgerliche Gruppe gerathen war. Eine proletarisch-sozialistische Gruppe hätte nur den Ausschrei der bedrohten Christen gefunden und wohl oder übel ihre nationalen Gefühle, so weit sie monarchisch waren, einer Revision unterwerfen müssen. Statt dessen erfolgte eine — für eine bürgerliche Gruppe allerdings ganz kräftige — Protestresolution und eine Rede Naumanns über das deutsche Kaiserthum, die zwar aufrichtigen Schmerz und Enttäuschung zum Ausdruck brachte, daneben aber auch Stellen enthielt, die wie ein Erkläruung, ja beinahe hörte man sagen: wie ein Entschuldigungs-Versuch aussahen. Das war die Haltung einer bürgerlichen Gruppe, nicht einer proletarischen, die sich durch jene Rede bis ins innere Maß getroffen gefühlt und sich gerührt hätte, um das ganze Wohl und Wehe ihrer Parteianhänger zu kämpfen. Ja, noch mehr: als kurz nachher der Kaiser seine Fahrt nach dem Orient antretet, war bei dem Groß des Nationalsozialen ettel Einbußekreis, Deynhausen schien vergessen und man wandte sich mit einer auffälligen Anteilnahme der orientalischen Frage und in Verbindung damit überhaupt den auswärtigen und Nachfragen zu, wobei man allerdings auf die zwei ersten Paragraphen der Grundlinien zurückgreifen konnte. Diese brachte den ganzen vergangenen Winter ausfüllende Beschäftigung mit auswärtiger, kolonialer und Weltmarktpolitik wäre unter den heutigen innerpolitischen Verhältnissen einer wirklich proletarisch-sozialistischen Partei ganz gewiß nicht möglich gewesen; sie ist nur ein neuer

zu dem frustrierten Gehöls von Segnes zurück, wo sie in wunderbarer Schnelligkeit ihre zerstörte Ordnung herstellten. Doch der Heerhauern der mühsenden Landleute folgten ihnen wie eine gespenstische Geisterschatt durch den Nebel nach, um den Kampf mit Ungeschick zu erneuern. Da bemächtigte sich ein panischer Schrecken der sieggewohnten französischen Republikaner. Mit Mühe von den Hauptleuten zusammengehalten, begaben sie sich auf den Rückzug den Berg hinauf, von wo sie kaum erst herabgestiegen waren. Als sie eine ziemliche Strecke Weges aufwärts zurückgelegt hatten und wieder aus dem Nebelmeer herauftauchten, das unter ihnen weit und grau über den Châlons lag, wurde Stillstand gemacht.

Reuchend und fluchend, von nur wenigen Offizieren begleitet, gelangte auch Léon zur Höhe. Er schickte sogleich Befehle ab, neue Stellung zu nehmen. Indem er sich wendete, stieß er auf den Schützenhauptmann Prevoist, den seine Wächter im Getümmel verloren hatten. „Sie noch hier, Prevoist?“ rief er ihm freundlicher zu und klopfte ihm auf die Schulter. „Bravo! Ich hätte Sie beinahe irgend anderswo vermutet. Bleiben Sie mir zur Seite! Hier, wo wir Tageslicht haben, will ich die Bauern erwarten. Der verdammte Rebellen drunter! Man sieht darin wie im Saat. Prevoist, Sie sind wieder frei. Ich sehe, Ihr Rath war wohl gemeint, aber nicht ganz am Platze.“

„General“, entgegnete der junge Mann, „ich sprach, wie mit die Pflicht gebot. Welches aber auch der Ausgang des Gefechtes sein möge, erlauben Sie, daß ich meine Doppelsäcke wieder erhalten oder wenigstens einen Degen, um mich der eigenen Haut wehren zu können. Sie bedürfen hier keines mithilfigen Fuchsbaus, wo der Hund drei- und vierfach stärker ist als wir.“

„Und wenn zehnsach, ich will hindurch“, sagte Léon, Prevoist, die zwei Kompanien der Nachhut droben sollen auf der Stelle herunter, sich stützen und bott den übrigen

Beweis dafür, daß die Mehrzahl der heutigen Nationalsozialen im Grunde in das bürgerliche Lager hineingehört. Ja, man kann, ohne den Boden der Thatsachen zu verlassen, behaupten, daß der Nationalsozialismus der Nationalsozialen, wie er sich seit Deynhausen entwickelt hat, heute für sie geradezu oberstes politisches Prinzip geworden ist. Als auf dem ersten Delegiertentag 1896 ein Herr die Frage der Prävalenz des Nationalen über das Soziale oder umgekehrt des Sozialen über das Nationale anregte, ward sie als unwichtig bei Seite geschoben; jetzt ist sie thatsächlich und praktisch entschieden: der Nationalismus ist in Gesinnung, Programm und Politik der Nationalsozialen führend geworden. So darf man zusammenfassen sagen: die kleine nationalsoziale Partei ist heute jedenfalls keine proletarisch-sozialistische, sondern eine bürgerlich-nationalsoziale Gruppe. Und weil diese Entwicklung mit meinen Absichten und Wünschen unvereinbar ist, habe ich keinen Platz mehr bei den Nationalsozialen.“

Dies sind die markantesten Stellen aus Göhre's Erklärung, die auf alle Fälle, mag man sich im einzelnen zu Göhre's Ansichten stellen wie man will, ein interessantes Dokument zu der Entwicklungsgeschichte der Nationalsozialen darstellt.

Vertagung des Reichstages.

Die Verordnung des Kaisers, durch welche der Reichstag vom 15. Juni bis 10. November vertagt wird, liegt, wie die „Freisinnige Zeitung“ meldet, dem Kaiser zur Vollziehung vor. Die Genehmigung wird bis Sonnabend früh erwartet.

Auch der Seniorenkongress des Reichstags beschäftigte sich in seiner Mittwochsitzung mit dieser Frage. Dieselbe wurde vom Abg. Richter in Anregung gebracht; die Reichstagsabgeordneten hätten einen Anspruch darauf, zu wissen, bis zu welchem Termine die Verhandlungen noch fortgeführt werden sollten. Die Regierung müsse sich schlüssig machen über die noch zu erledigenden Gesetzentwürfe und über die Frage, ob Schluss der Session oder Vertagung. Dieser Ansicht wurde allseitig zugestimmt und Präsident Graf Ballenrem erachtet, sich in dieser Frage mit dem Reichskanzler unmittelbar in Verbindung zu setzen.

Das Herrenhaus und die „Volkswacht“.

Das preußische parlamentarische Petrefakt, Herrenhaus genannt, hielt gestern wieder mal eine Sitzung und beschäftigte sich — welche Ehre! — auch mit der „Volkswacht“! Es heißt darüber im Sitzungsbericht:

„In Folge eines Schreibens des Justizministers vom 29. April 1899 um Erklärung zur Strafverfolgung wegen Beleidigung des Herrenhauses durch einen Artikel „Beschränkung der Freiheit“ in den Zeitungen „Volkswacht“ für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete“ „Volkswacht“, „Görlitzer Volkszeitung“, „Wahrheit“ erhält das Haus die Genehmigung zur Strafverfolgung mit 42 gegen 39 Stimmen.

„In dem Artikel heißt es u. a.: „Die Mitglieder des Herrenhauses wissen leicht nicht, wozu sie auf der Welt sind.“

In der Debatte erklärten sich Graf Schlieben, Frhr. v. Maniessel gegen die Strafverfolgung. Über solche Gemeinschaften, über die Wahrheit dieser jämmerlichen Leute müsse man mit Stillschweigen hinweggehen. Diese Brüder habe das Haus bisher immer mit vollem Recht und zu seiner eigenen Ehre besetzt.

Für die Strafverfolgung sprechen sich aus Graf v. Schnienvburg-Beeckendorf, v. Lebeck, Frhr. v. Malakowski, Graf Peitz-Hausdorf, Graf Bitten-Schwerin. Wenn die Lösung von Sitz und Ordnung immer weiter um sich greife und wenn der öffentliche Standort der Presse alle Autorität untergrabe, dann habe das Haus die Verpflichtung, von dem Recht der Strafverfolgung Gebrauch zu machen. Man habe nicht nur die Pflicht, die Würde des Hauses zu wahren, es müsse auch dafür gesorgt werden, daß das öffentliche Rechtsbewußtsein nicht gefährdet werde.

Truppen anschließen. Fort! Ueberbringen Sie ihnen sofort den Befehl!“

„Höre ich recht“, bemerkte ihm Prevoist, „so fallen auch droben hinter uns Schüsse. Wir sind umgangen; die Kompanien der Nachhut haben schon Arbeit erhalten.“

„Fort!“ rief der General und begab sich hastig zu den Truppen, während Flavian dergan lief, den Befehl derselben zu vollstreken.

Bald darauf hörte er hinter sich die Trommeln Sturmtrum schlagen und das Geknallen des Gewehreiers. Bitterlich rückten die Franzosen, Mann an Mann, Schalter an Schalter gedrängt, mit gefalltem Bajonett gegen die dichten Haufen des kriegerischen Bergvolkes vor. Einem Augenblick schienen die Blindekt bestürzt und ungewiss, doch plötzlich erhob sich ihr gräßliches Geschrei. Sie rannen in wilden Gedränge mit gesenkten Spießen und Gewehren den Franzosen entgegen. Als sie wenige Schritte vor diesen lebendigen Männern und dem eisernen Stahlgürtel standen, drehten sie rasch die Flinten um. Mit den geschwungenen Gewehrkolben, gleich Keulen, schlugen sie die vorgestreckten Bajonette des Feindes auseinander und bohrten sich in die geschlossenen Mäßen der Franzosen ein.

Während dieses mörderischen Handgemenges war Flavian in einen neuen Zug des Nebels gerathen, in welchem er nur wenige Schritte vor sich sah. Bald fielen auch in seiner Nähe einzelne Schüsse; er gewährte hier und dort durch die graue Dämmerung Schatten umherschweben, kommen und verschwinden. Einmal desselben kam in seine unmittelbare Nähe. Er erkannte am langen, blauen Uniform und gezogenen Degen einen französischen Offizier, ergriff ihn am Arme und rief: „Hal! Hal! bringe Befehl des Generals. Captain Guérin, sind Sie's? Was treiben Sie? Wo sind die beiden Kompanien?“

(Fortsetzung folgt.)

Die Rose von Disentis.

Von Heinrich Büttner.

27

Léon hatte kaum die Zeit, sich in der fremden Gegend zu finden, denn vom Dorfe her wälzten sich ihm die kerlen Banden des Landsturmes bis auf Schuhweite, unter Sehnen Trommelschlag und dem gesellenden Ton einiger Dampfsägen entgegen. Links und rechts siedeln einige Schüsse, die bald zahlreicher wurden und endlich vom knatternden Rottenfeuer einer Kompanie Österreichischer begleitet wurden. Die Franzosen vergaßen diesen Angriff mit dem tödlichen Blitzen ihrer Gewehre. Eine Weile dauerte der Donner der Geschosse hinüber und herüber; dann gab der General Sturmtrum, und mit gefallten Bajonetten brachen seine Schlächten in die Schwärme der Bauern ein, die verworren, doch hartnäckig fechtend gegen die Hütten von Disentis zurückwichen. Unaufhaltsam drängten die Franzosen ins Dorf nach, während die Rebellen von Neuem alles verschlang. Das Gefecht nahm einen wilden blutigen Gang. Wo das rothe Licht eines Hinterschusses im Nebel aufleuchtete, dorthin wurde gezielt. Auf dem Kirchhof standen hinter der niedrigen Mauer deselben die Bündner Scharfschützen wie in einer Schanze. Von da herab siedten sie Kunden und Tod. Die Franzosen, verzweigt, von allen Seiten bedrängt und ungewiss, nach welcher Richtung sich zu wenden, weichen aus dem Dorfe, um sich übermals im Freien aufzustellen. In diesem Augenblicke aber hörte man Schlägerei und Flintenfeuer auf beiden Flügeln der französischen Stellung. Der Anführer der Bündner Lützen von Rastelberg, ein gewandter, erfahrener Offizier, der Gesetz kundig hatte, im Nebel unsichtbar, die Seiten des Berges umgängen und Abteilungen des Landsturmes an den Berg in Disentis holt gelegt. Nun war für die Tapferen der schwindeligsten Dämonengarde kein Zögern mehr. Sie eilten

dem Siege des Großkapitals über Kleinhandel und Handwerk. — Aus dem schweren Vergehen eines unserer Parteigenossen ist ebenso wenig auf unsere Partei zu schließen, als wenn man sagen wollte: Hammarstei ist ein Lump, also sind alle Konservativen Lumpen. In jeder Partei bleibt es zweifelhafte Elemente. Das einzige, was man verlangen kann, ist, daß jede Partei solche Elemente abschafft und in diesem Punkte geht unsere Partei schärfer vor als jede andere. Persönlichkeiten, mit denen wir nichts zu thun haben wollen, werfen wir hinaus, ganz gleich, ob es Proletarier oder Männer von Besitz sind.

Herr von Kardorff hat wieder einmal von den sozialdemokratischen Konsumvereinen gesprochen. Nun: die meisten von ihnen haben vorreisliche Arbeitsbedingungen, und wo es daran fehlt, da sind wir die ersten, die das verurtheilen. Im übrigen: mit den Zuständen in der Laienakademie kann es jeder sozialdemokratische Betrieb noch alle Tage aufnehmen. (Sehr richtig!)

Dass Herr von Kardorff wieder einmal in heller Verzweiflung die Regierung um Hilfe angerufen hat, ist ein altes Bild. Je mehr Sie so gegen uns kämpfen, um so mehr werden wir wachsen. (Lebhafte Bravos bei den Soz.)

Abg. Lebrecht (kont.): Die Neuerung des Abg. Mollenbuhr über den verzögerten Auszahlung des Frh. von Hammerstein ist eine tatsächliche Unwahrheit.

Herr Bebel hat erklärt, daß die Sozialdemokratie auch gegen die Großfirma auftrate. Bisher hat sie es nicht gethan, beim Vorstand und beim Bankgesetz hat sie sich auf die Seite des Großkapitals gestellt.

Präf. Graf Wallerstrem ersucht den Redner, nicht auch noch das Bankgesetz in die Debatte zu ziehen.

Abg. Lebrecht (fortfahren), polemisiert gegen sämtliche Behauptungen des Abg. Bebel in Bezug auf die ländlichen Verhältnisse. Prof. Weber und Rudolf Meyer sind für ihn keine Autoritäten. Was die Beschäftigung der Freizeit angangt, so sei auch kaum für sie eingetreten. Und was die Schulbildung betrifft, so könne man auch in einer Halbtagschule sehr viel lernen, wie Herr Bebel aus seiner Vergangenheit wissen sollte. Gerade die Sozialdemokratie forge für die Menschheit weniger als die Agrarier; ein Haß auf die revolutionäre Sozialdemokratie in ihrer Kraft sei nicht menschenwürdig, als in Gottes freier Willen. Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter sei für die Landwirtschaft ein Nachteil, der § 3a daher eine Notwendigkeit. Abg. Stadthagen (Soz.) bei der Unruhe des Hauses auf der Tribüne schwer verständlich: Die Herren rechts bauen auf die schlechten Wohnungsvoraussetzungen in den Städten, in Berlin, in Frankfurt, hingewiesen. Wir sind die letzten, die sie in Abrede stellen, und die ersten, die da Abhilfe schaffen wollen. Aber dadurch wird es doch auf dem Lande nicht besser. Die Verhältnisse in Preußen sind von amtlicher Seite als menschenunwürdig, als ein Skandal bezeichnet worden (Hört! hört!). Die Wahrheit können Sie durch wiederholtes Zeugnis auch nicht aus der Welt schaffen.

Wir bitten Sie, den § 3a abzulehnen. Wir halten ihn für einen Schlag gegen das nationale Bewußtsein. Wir halten es für eine nationale Pflicht, diese Schädigung des deutschen Arbeiters zu verhindern. Und ich hoffe, daß der Reichstag sich auch von diesem Gesichtspunkt wird entfernen lassen (Bravo! bei den Soz.).

Abg. Richter (frs. Bdp.) ist gleichfalls der Ansicht, daß der § 3a eine Prämie für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter darstellt. Der Kommissionsvorschlag stelle aber nur eine halbe Lösung dar; er bittet daher, ihn abzulehnen; bis zur dritten Lösung werde sich wohl eine volle Lösung finden.

Abg. Hahn (Bd. der Landw.) erkennt an, daß die ländlichen Arbeiterverhältnisse manches zu wünschen übrig lassen. Sie werden aber beständig besser, und wenn man im Allgemeinen für Hebung der Landwirtschaft eintreten möchte, dann würden die Mittelände ganz ausreichen.

Dann schließt die Debatte. Persönlich bemerkte:

Abg. Mollenbuhr (Soz.), daß seine Darstellung des Falles Hammerstein durchaus der Wahrheit entspreche.

Paragraph 3a wird, unter Ablehnung der Anträge Albrecht, angenommen.

Die Beratung der §§ 4 und 9 wird verbunden. § 4 lautet nach den Kommissionsbeschlüssen: Beamte des Reichs, der Bundesstaaten und der Kommunalverbände, sowie Lehrer an öffentlichen Anstalten, unterliegen der Versicherungspflicht nicht, so lange sie lediglich zur Ausbildung für ihren zukünftigen Beruf beschäftigt werden oder sofern ihnen eine Anwartschaft auf Pension im Mindestbetrage der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse gewahrt bleibt.

Die Abg. 2 und 3 erfreuen diese Bestimmung auf die Beamten der Invalidenversicherung-Anstalten, auf die Hauptlehrer, sofern sie den Unterricht während ihrer wissenschaftlichen Ausbildung für ihren Lebensberuf ertheilen, auf die Soldaten, die dienstlich als Arbeiter beschäftigt werden und auf die Personen, die eine Invalidenrente beziehen: Sie alle unterliegen der Versicherungspflicht nicht.

Der Abg. 4 des Paragraphen lautet: Der Versicherungspflicht unterliegen endlich nicht diejenigen Personen, deren Erwerbsfähigkeit in Folge von Alter, Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist. Dies ist dann anzunehmen, wenn sie nicht mehr im Stande sind, durch eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihnen unter Billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen in diesem letzten Abg. statt „ein Drittel“ zu setzen: „die Hälfte“ und hinzufügen: „oder nicht mehr als die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter an dem letzten Beschäftigungszeit in ihrem Beruf verdienten können.“

§ 9 lautet: Gegenstand der Versicherung ist der Anspruch auf Gewährung einer Rente für den Fall der Erwerbsunfähigkeit oder des Alters. Invalidenrente erhält ohne Rücksicht auf das Lebensalter derjenige Versicherte, der im Sinne des § 4 dauernd erwerbsunfähig ist. Eine durch einen Unfall herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit begründet den Anspruch auf Invalidenrente nur insoweit, als nicht nach den Bestimmungen der Reichsgesetze über Unfallversicherung eine Rente zu leisten ist. — In diesem letzten Satz beantragen Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) statt der Worte: „nur insoweit als nicht“ zu setzen: „auch dann, wenn“. Der letzte Abg. des § 9 lautet: Alterrente erhält ohne Rücksicht auf das Vorhandensein des Erwerbsunfähigkeits derjenige Versicherte, welcher das siebenzigste Lebensjahr vollendet hat.

Die Abg. Dr. Lebrecht und Dr. Esche (natl.) beantragen den dritten Satz des Paragraphen wie folgt zu fassen: „Eine durch einen Unfall herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit begründet den Anspruch auf Invalidenrente nur insoweit, als die zu gewährende Invalidenrente die gewährte Unfallrente übersteigt.“

Abg. Frhr. von Stumm (Rp.) beantragt, daß Erwerbsfähigkeit dann anzunehmen sei, wenn er nicht mehr ein Fünftel des Durchschnitts der Lohnsätze verdienen kann, die für seine Beschäftigungsart in Betracht kommen.

Abg. Mollenbuhr (Soz.): Der jetzige Zustand entsticht durchaus nicht den wahren Verhältnissen. Das zeigen die Invaliditätserklärungen aus den ersten Jahren, also aus der Zeit, in der man sich freilegte an die Gesetzesbestimmungen gehalten hat. Man hatte die Invaliditätsgrenze so gelebt, wie sie dem Willen des Gesetzesgebers nicht entsprach. Die Sicherheit war doppelt so hoch, als sie kostet war. Das beweist, daß die Leute Rente erhalten in einem Zustand, wo sie viele weiter heruntergekommen sind, als man angenommen hatte. Das hat sich ja nun etwas geändert, aber nur, weil die Vollstrecker des Gesetzes eigentlich gegen das Gesetz und nicht nach Billigkeit entschieden haben. Unter diesen Umständen wird die Rentenberechnung lediglich zu einer Almosenberechnung. Seitdem man aber solange Erfahrungen gesammelt hat, sollte man das Gesetz mehr den tatsächlichen anpassen. Denn kommt das Gesetz infolge entgegen, als ausgeschieden wird die Theilung in tatsächlichen Arbeitsschluß und ortsüblichen Tagelohn gewöhn-

licher Arbeiter. Damit begreift man, den hochgelobten Arbeitern einen kleinen Vortheil zu gewähren. Durch diese Aufhebung aber sind die Leute, die weniger als den genannten ortsüblichen Tagelohn erhalten, schlechter gestellt als bisher. Die Invaliditätsgrenze muß auf einen Punkt gelegt werden, wo der Arbeiter tatsächlich aufhört erwerbsfähig zu sein. Das ist er, wenn er auf ein geringeres Maß als die Hälfte seiner bisherigen Verdienstfähigkeit herabgesunken ist. Wie bitten also um Annahme unseres Antrages. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Lebrecht (natl.) bittet um Annahme seines Antrages, der das, was die Kommission eigentlich wollte, klarer fasst.

Abg. Sehde (Wldlb.) wendet sich gegen den Antrag des Freiherrn von Stumm und bittet es bei den Kommissionsbeschlüssen zu berücksichtigen. Nach Annahme des Antrages Stumm könnte sich jeder dadurch eine höhere Rente sichern, daß er im letzten Jahr sich in einer höheren Lohnklasse versteht. Der sozialdemokratische Antrag ist sicher sehr menschenfreundlich, ich glaube aber nicht, daß die Arbeiterschaft es sich gefallen lassen würde, wenn man den Beitrag so sehr erhöht, wie es in Folge dieses Antrages nötig wäre.

Abg. Sachse (Soz.): Für andere Ausgaben haben wir in Deutschland ja so viel Geld übrig, da müßte man auch den Anstalten die Mittel zur Verfügung stellen, die die Durchführung unseres Antrages erfordert. Ich bitte Sie also, unseren Antrag zu § 4 anzunehmen und ebenso den Antrag zu § 9.

Abg. Mollenbuhr (Soz.): Herr Röhlke behauptet, daß bei Annahme unseres Antrages eine erhebliche Vermehrung der Zuwendung der Invalidenrente stattfinden werde. Das bestreite ich. Die übergroße Zahl der gegenwärtigen Invalidenrenten ist bewilligt worden, obwohl die Bedingungen des Gesetzes nicht erfüllt worden sind, meist nur aus Billigkeitsrücksichten. Ein einziger Fall auf die Zahl der Invalidenrenten, die in den verschiedenen Gegenden Deutschlands bewilligt sind, beweist dies. Wenn bis zum Jahre 1897 in Preußen 19,000, in Berlin bei einer weit größeren Zahl von Arbeitern und erheblich höherem ortsüblichem Lohn nur 5000 Renten bewilligt worden sind, dann läßt sich daraus schon entnehmen, daß man auf der einen Seite mit mehr Billigkeit vorgegangen ist als auf der andern. Diese Wichtigkeit von der Billigkeit zu betonen, ist zweit unter Untrag.

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung wird § 4 in der Kommissionssitzung unter Ablehnung des Antrages Albrecht (cons.) angenommen. Der Antrag Lebrecht zu § 9 wird angenommen. Der Antrag v. Stumm gegen die Stimmen der Konservativen und Sozialdemokraten abgelehnt. § 9 in der so veränderten Fassung angenommen.

Dritter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Frankfurt a. M., 9. Mai 1899.

An der Diskussion erhält zunächst das Wort

Poetsch-Berlin: Ich stehe dem Antrage der Gewerkschaftsredakteure sehr skeptisch gegenüber. Aus der Beschäftigung mit politischen Dingen erwachsen den Gewerkschaften nur Schwierigkeiten. Ich halte es für besser, wenn die politische Partei weiter mit diesem Theil der Tätigkeit betraut bleibt; sie hat ihre Aufgabe bisher völlig ausreichend erfüllt. Wo soll auch der eine Mann herkommen, der das Alles machen kann. Wir wollen unsere Beamten besser bezahlen und sie nicht zu sehr überlasten. Das ist nothwendiger. Die Redakteure sollen sich selbst in die Materie vertiefen, nicht einfach ihnen zugesandte Bürstenstücke zum Abdruck bringen. Gegen die Mehrheitsstellung eines Beamten habe ich nichts, sofern der betreffende Redakteur sein soll. Der Ausbau des Korrespondenzblattes ist nothwendig. Den Antrag der Generalkommission unterstüze ich. Die Herausgabe der Statistik ist sehr wünschenswert, nur die Fragebogen sollen nicht mit Fragen zu sehr überfüllt werden. Die Anträge der Seeleute haben wenig Zweck. Ich bitte Sie, die Anträge sämtlich abzulehnen, schon aus Gründen des Kostenpunktes.

Schrader-Braun mietet sich gegen den Antrag des Bildhauers, der so schnell nicht ausführbar sei. Auch der Antrag der Gewerkschaftskommission sei für ihn unnehmbar, er sei nicht einmal nothwendig. Was hier für die Gewerkschaften gefordert werde, sei mehr Sach der Arbeiterschaftsrate und der politischen Partei. Eine Verschlechterung der Arbeiterschutzgesetze könne von dieser am allerheiteren verhindert werden. Auch der Antrag der Holzarbeiter überlässt die Generalkommission viel zu sehr. Gegen die Neuordnung eines weiteren Beamten in der Generalkommission habe et nichts einzubringen.

Späth-Berlin: Die Vergütung des Korrespondenzblattes habe ich schon vor drei Jahren befürwortet, jetzt ist es nur ein Käleblatt. Die Bedenken gegen den Ausbau der Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung theile ich keineswegs. Sie können die wichtigste Kontrolle für die Ausführung der Arbeiterschutzgesetze ausüben.

Supont-Berlin: Die Vergütung des Korrespondenzblattes habe ich schon vor drei Jahren befürwortet, jetzt ist es nur ein Käleblatt. Die Bedenken gegen den Ausbau der Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung theile ich keineswegs. Sie können die wichtigste Kontrolle für die Ausführung der Arbeiterschutzgesetze ausüben.

Supont-Berlin: Der Antrag der Gewerkschaftsredakteure, der Mütterinnen gegen die politische Partei bedeute.

(Sch.) Redner schließt sich im Uebrigen den Ausführungen von Poetsch an. Der Antrag der Holzarbeiter sei ohne Erhöhung der Beiträge undurchführbar und seine Annahme verbiete sich schon aus diesem Grunde. Gegen die Anstellung eines Redakteurs für das Korrespondenzblatt sei nichts einzumenden.

Robert Schmidt-Berlin: Die Gewerkschaftsredakteure verlangen ein Korrespondenzblatt, das ihnen sozialpolitisch Material liefert soll, das sie sich selbst nicht beschaffen können. Gewiß sind die Redakteure vielfach überlastet, aber ein allgemeiner Mangel an sozialpolitischem Stoff besteht nicht. Wir haben gut geleitete Gewerkschaftsblätter, die ihre Aufgabe voll erfüllen. Die Arbeiterschutzgesetze gliedern sich doch in Berufsgesetze. Für das eine hat dieser Beruf für das nur jener Beruf Interesse. Die von einzelnen Redakteuren herdrohende Tendenz des Antrags gegen die politische Partei kann ich in dem Maße nicht finden, wie andere Redner. Diese Bedenken sind übertrieben. Aber die gestellten Aufgaben sind zu groß und schwierig und selbst nicht bei großer Kostenvermehrung zu bewältigen. Einer Erweiterung des Korrespondenzblattes steht ich sympathisch gegenüber.

Knoll-Berlin bittet die Anträge der Seeleute abzulehnen. Der Antrag der Gewerkschaftsredakteure ist ihm sehr sympathisch, von einem Konkurrenz mit der politischen Partei könne nicht die Rede sein. Der Antrag, den Poetsch vorschlägt, sei ganz ungängbar, denn nicht an der Unfähigkeit und dem guten Willen des Gewerkschaftsbeamten liege es, daß nicht mehr geleistet werde, sondern an dem Mangel an Zeit.

Klein-Hamburg befürwortet die Anträge der Seeleute und den Antrag des Holzarbeiters-Bündes.

Winkelmann-Bremen drückt den Wunsch aus, die Generalkommission möge dem in den Anträgen der Seeleute gedachten Verlangen nach größerer Unterstützung schwächer Organisationen nicht treten. Er erklärt sich gegen den Antrag der Gewerkschaftsredakteure.

Sarnau-Mitona hält die gegen den Antrag der Gewerkschaftsredakteure geäußerten Bedenken für unbegründet. Räumlich betrachtet ist das Zielziplinar und erfaßt eingeleitet, will es angeblich bei den Bewohnern des benachbarten Vorortes für den Ausbau aus der Landesfamilie agieren habe. Es wurde ein kommunalischer Vorsteher eingesetzt. Was hat denn der Gemeindvorsteher mit der Religion zu thun?

Ein bekannter ungarischer Adelsgesetzgeber und langjähriger Redakteur eines angehenden oppositionellen Blattes ist angeblich wegen verschulter Spekulationen gesühnet.

Ja der gestern im Sitzungssaale des Senats abgehaltenen Beratung der Linien und der beigefügten Kommissionen und des Senats, an welcher die meisten Deputierten und Staatsräte der Linien teilnahmen, wurde geschlossen, ein Manifest an das Land zu richten und Beratung der Erörterung über das Waisenhaus zu verlangen. Gabs die These, die Forderung nicht bewilligt wird, müssen die Mitglieder der Linien des Senats und der Kammer ihre Mandate wieder legen.

reichlich angenommen. Am besten wäre es, beide Maßnahmen zu vereinigen, daß Beste aus beiden zusammenzuschweißen.

Huß-Essen empfiehlt den Antrag der Gewerkschaftsredakteure auf's Würmste. Seit 4 Jahren leite er ein Gewerkschaftsblatt, der sei aber nicht im Stande, die eigene Fachgelehrte, z. B. die Knapsackkassen-Gesetzgebung im Deutschen Reich zu beherrschen, geschweige denn sich in andere Fachgelehrte zu versetzen. Ein Korrespondenzbüro werde eine Wohlthat für die Gewerkschaftsredakteure sein.

Nachdem noch einige Meßner gesprochen haben, ohne Neues vorzubringen, wird ein Schlussantrag angenommen. Nach einem kurzen Schlusswort Bringmanns kommt man zur Abstimmung.

Der Kongress beschließt, die Beiträge an die Generalkommission in der seithigeren Höhe zu belassen.

Alle Anträge, die eine Mehrausgabe für die Generalkommission oder die Erweiterung der Tätigkeit derselben involvieren, werden inner Kommission überwiesen, die einen Kostenanschlag dem Kongress eiden nächsten Tagen unterbreiten soll. Der Antrag des Bildhauers auf Verbesserung der Statistik wird angenommen. Der Antrag der Seeleute auf Sammlung des Materials für internationale Beziehungen wird angenommen. Endlich der Antrag der Generalkommission auf Herausgabe einer Streiftäschit.

Nunmehr wird die folgende Resolution zur Beratung gestellt: Der dritte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erachtet es als eine unabsehbare Pflicht der Gewerkschaften, ihren Beamten und Redakteuren ein deren wichtiger und aufrichtender Tätigkeit entsprechendes anständiges und ausreichendes Gehalt zu zahlen, und zwar um so mehr, als die Arbeit der Gewerkschaftsbeamten weder noch Zeit noch Umfang abzugrenzen ist. Der Kongress enthält zwar bestimmte Vorschläge, in welcher Höhe oder progressiver Steigerung die Gehaltserhöhung sich zu bewegen hat, ist aber der Überzeugung, daß die heutige den Gewerkschaftsbeamten gesetzten Gehälter zu niedrig bemessen sind. Als vornehmste Pflicht ist aber den Gewerkschaften aufzugeben, ihre nach langen Jahren im direkten Dienste der Organisationen aufgearbeiteten oder invalid gewordenen Arbeiter vor dem äußersten Noth zu schützen, und zwar derart, daß diesen Beamten eine entsprechende Pension gezahlt wird. Der Kongress verbleibt sich die Schwierigkeiten nicht, welche in dieser Frage einer allfällig bestreitbaren Lösung entgegenstehen, aber ihre Dringlichkeit bleibt bestehen. Im Prinzip gelten die vorstehenden grundlegenden Forderungen auch für die noch in ihrem Berufe tätigen Gewerkschaftsbeamten. Um die bezüglich ihrer Arbeitsleitung und Bezahlung ganz besonders traurige Lage dieser Beamten zu verbessern, wird die Generalkommission beauftragt, ebenfalls durch materielle Beiplässe es den kleinen Organisationen zu ermöglichen, sich tüchtige Kräfte zu erhalten oder solche gemessen zu können. Der Kongress ernennt eine ständige Kommission, welche sich der Förderung dieser Angelegenheit zu widmen und eventuell den einzelnen Gewerkschaften mit Rat und Tat zur Seite zu stehen hat.

Reinhäuser-Leipzig als Berichterstatter begründet diese Resolution eingehend. Die wirtschaftliche Lage der Gewerkschaftsbeamten verbergen, heißt gleichzeitig eine innere Erstarkung der Organisation herbeizuführen. Es sei leider heutzutage die Aufsicht der amtsvertretenen, als ob die Tätigkeit des Gewerkschaftsbeamten wie die berufliche zu bewerthen und danach zu bezahlen wäre. Vor Alem ist darauf hinzuweisen, daß ein Beamter oder Redakteur in allen Sätzen des gewerkschaftlichen Lebens zugleich sein muß, alle Einheiten des ökonomischen, gewerblichen und sozialen Lebens verfolgen und zu verarbeiten und dabei davon überzeugt sein muß, daß 95 Prozent der Mitglieder glauben, es besser machen zu können als der Beamte. Es sei doch Thatache, daß neben der allgemeinen Arbeitsleistung dem Beamten Beobachtungen, Studien u. dergl. obliegen, die öffentlich nicht kontrollierbar, aber einer großen Theil von Arbeit neben der eigentlichen, kontraktlich übernommenen zur Voraussetzung haben. Räumenlich in den kleinen Organisationen liegen die Verhältnisse sehr ungünstig. Hier sei es besonders nothwendig, auf geordnete Zustände zu dringen. Der Berichterstatter redet schließlich der Pensionsberechtigung von im Dienste ergrauten Beamten das Wort. (Beifall.)

Dejung-Frankfurt meint, die Resolution Reinhäuser gebe in ihrem letzten Theile zu weit. Die Einführung einer ständigen Kommission sei überflüssig. Die beiden letzten Sätze der Resolution mögen man streichen. Logien wendet sich gegen die Bestimmung der Resolution, daß die Generalkommission bei schwachen Organisationen unterstehen eingetragen sollte. Die beiden letzten Sätze der Resolution werden vom Antragsteller Reinhäuser zurückgezogen.

Poetsch-Berlin beantragt, daß die Generalkommission auch vor dem nächsten Gewerkschaftskongress Erhebungen über die Höhe der Beamtengehälter vornehme und dem Kongress von dem Ergebnis Mitteilung macht.

Dejung-Hamburg: Es

5005



Wollstoffe, Seidenstoffe, Waschstoffe

in den neuesten geschmackvollsten
Mustern u. nur bewährten Qualitäten
zu hervorragend billigen Preisen.

Reichhaltige
Stoff-Collectionen
sowie Preislisten
bereitwilligst.

Franco-Versand
aller Waaren im Werthe
von 20 Mark an.

Julius Henel vorm. C. Fuchs,

Kaiserl. u. Kgl. Kgl. Kgl.-Prz. u. Fürstl. Hoflieferant

Breslau, Am Rathause 24-27.



Gut! Reell! Billig!

4887 Kauf man nur allein vorzüglich passendes

Schuh-work
Damen, Herren
und Kinder
bei

Jacob Donnenbaum, Gräbschenerstr. 41.

Reste-Verkauf

Gardinen u. Portières

zu enorm billigen Preisen.

In meinen Gardinen- und Portières-Läden haben sich durch den kolossalen Consum eine Unmasse Reste von 1-6 Fenster Gardinen und abgepasste Portières-Shawls gesammelt, welche ich zu ganz bedeutend reduzierten Preisen anbiete, um damit schnellstens zu räumen. Niemand sollte versäumen, von diesem günstigen Angebot Gebrauch zu machen und seinen event. späteren Bedarf zu decken.

! Der Reste-Verkauf bietet Aussergewöhnliches!

Benno Perlinski,

Breslau, Schweidnitzerstr. 36.

Wer noch bis zum Pfingstfeste

seinen Bedarf in Herren- u. Knaben-Garderoben decken will, und auf gut gearbeitete, tadellos sitzende Kleidungsstücke Wert legt, wende sich vertrauensvoll an unsere seit 40 Jahren bestehende Firma.

Wir empfehlen zu aussergewöhnlich billigen, streng festen Preisen:

Herren-Anzüge

in den besten Stoffen mit solchen Preisen
10 Mark.

Herren-Anzüge

mit Seiden, Chiffon u.
15 Mark.

Herren-Anzüge

mit Seide, Kaschmir, Mohair
20 Mark.

Herren-Anzüge

in den besten Qualitäten
24 Mark
30, 36, 42, 45 z.

Herren-Paletots

in sehr feinste
Geweben, Seide
10 Mark.

Herren-Paletots

mit Diagonal. Streifen
14 Mark.

Herren-Paletots

mit Seide, Chiffon u.
18 Mark.

Herren-Paletots

in den besten Stoffen
25 Mark
28, 32, 35, 40 z.

Herren-Mäntel

aus praktischen Stoffen
7 Mark.

Herren-Mäntel

aus Seide, Chiffon u.
12 Mark.

Herren-Mäntel

aus sehr feinste
17 Mark.

Herren-Mäntel

aus feinste
20 Mark
23, 26, 30, 33 z.

Radfahrer-Anzüge

in allen Größen und Maßen
10, 15, 18, 21 z. Mark.

Schul-Anzüge

aus nur markaten Stoffen
7,50, 10, 13, 15 Mark.

Knaben-Garderoben

in unstreitig größter Auswahl vom
billigsten bis besten Genre.

Knaben-Leibchenhosen

aus Stoffresten bearbeitet in allen Größen
nur 1 Mark.

Einzig in seiner Art!

Ich liese solange der Vorrath reicht

Abzahlung

	bei Mark	Abzahlung Mark
1 Bettstelle mit Matratze	Anzahlung	5.— wöchentlich 1.—
1 Kleiderschrank	Anzahlung	5.— wöchentlich 1.—
1 Küchenschrank	Anzahlung	5.— wöchentlich 1.—
1 Sofa	Anzahlung	5.— wöchentlich 1.—
1 Divan	Anzahlung	5.— wöchentlich 1.—
1 Kommode	Anzahlung	5.— wöchentlich 1.—
1 Waschtisch	Anzahlung	5.— wöchentlich 1.—
1 Kinderwagen	Anzahlung	5.— wöchentlich 1.—
1 Anzug, gute Qualität	Anzahlung	10.— wöchentlich 1.50
Stoff zu einem Kleide	Anzahlung	5.— wöchentlich 1.—

Braut-Ausstattungen und ganze Einrichtungen
in großer Auswahl zu coulantesien Zahlungsbedingungen!

S. Osswald,

Waaren-Credit-Geschäft,
nur Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage

gegenüber der Magdalenenkirche.

Sonntag von 8-9 Uhr u. von 11-2 Uhr geöffnet.

Stiehhandlung

Schmiedebräde 60.

Reste

zu Herren-Anzügen,
Paletots und Kleiderha.

Damenstoffe

sperrbillig
Gewebte aus billige
Zweckd.

Nur die besten deutschen Marken!

Weltrad, Dürkopp, Claes Pfeil.

Phänomen, in hervorragender Ausführung.

General-Betreter: Wiegle & Kegel, Lanngtenstr. 55,
Palmstraße 23.

Größte Reparatur-Werkstatt am Platze.

Vernadelung. — Emailirung. — Theilzählungen.

eines der größten und schönsten Deutschlands, täglich geöffnet von
früh 8 bis Abends 10 Uhr. Unterricht durch bewährte Lehrkräfte

Motor-Dreiräder mit Anhängewagen.

Gebr. Taterka, Breslau, Ring 47.

Beilage zu Nr. 110 der „Volkswacht“.

Sonabend, den 18. Mai 1899.

Partei-Angelegenheiten.

Quittung. Im Monat April gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeträge ein:

Augsburg, II. K. G. II. f. St. 20.— Apolda-Eisenach, von zwei rothen Hochzetteln 3,50.— Berlin, Beitrag der Wahlkreise 3. Kreis 1370.— 4. Kreis Südstadt 1520.— 5. Kreis Moabit 446,21.— 6. Kreis Wedding und Oranienburger Vorstadt 1800.— 6. Kreis Rosenthal-Borsigstadt und Gefundenbrunn 1200.— 6. Kreis Schönehauser Vorstadt 1600.— Berlin überste Beiträge: 291,80.— Bamberg, Zellein Rothenbach 5.— Beuthen (Obersch.), von einem ehemaligen Reichstagwahlherrn in Berlin II 2.— Bern 50.— Bant-Wilhelmshafen, durch R. S. 135.— Breslau, 2. Quartalsbeitrag von einem gewählten Gewerkschaftler 3.— Bergburg 10.— Grimmitzschau 150.— Hohenberg (Obersch.) 2.— Gera, Wahlkreis Reuß I. L. 50.— Göppingen, d. M. S. 38.— Greiz, v. d. Parteigenossen v. Reuß a. L. 50.— Gießen, G. R. 10.— Hedderheim, 1. Nassauischer Wahlkreis Höchst Ullingen-Homburg 50.— Höchst a. M. durch M. A. 437.— Harburg a. E. ges. durch den Vertr. der Gewerksch. 5. Buchdr. auf einer Buchdruckerhochzeit 4,40.— Stempelst. 0,50.— Summa 4,90.— Hamburg, 2. Wahlkr. 1000.— Herstedt v. Bremen 10.— Hamburg, 3. Wahlkr. 2000.— Hamburg, im „Echo“ eingegangen 68,50.— Königsberg i. P. Beitrag der Parteigenossen 100.— Kreischa, Beitrag der Wasserleitung 9.— Königsberg i. P. R. S. 110.— Leubnitz b. Werda, ges. in Döhlers Restaurant 1,50.— München, Waldläufer 5.— Magdeburg-Budau, W. D. 5.— Memel, v. d. Parteigenossen 20.— Minden, Wahlkreis Minden-Lübbecke 50.— Niederbarnimer Wahlkreis 400.— New York, d. Expedition d. „New Yorker Volkszeitung“ 146,55.— Rostock, Reich 455.— Ronddorf, d. B. Vertr. 10.— Stuttgart, G. II. 10.— Spandau, von den Parteigenossen 50.— Trier, n. d. „Augsburger“ d. Vertr. 6,04.— Torgau, Wahlkr. Torgau-Liebenwerda 20,30.— Torgau, Wahlzeit 1899 15,153,60.— Württemberg 100.— Werda, reiste Höchzeit 50.— Witten, B. amerit. Auktion bei einer Hochzeit 2,50.— Wezel, J. D. 1,15.— X. D. 2,000.— Berlin SW. 8. Mai 1899.

Für den Parteivorstand:

A. Gerisch, Katzbachstr. 9.

Kann ein Katholik zugleich Sozialdemokrat sein? Unter diesem Titel erschien eine polnische Agitationsschrift, welche durch die Expedition der „Gazeta Robotnicza“, Berlin, Andreasstraße 78a bezogen werden kann. Preis des Exemplars 5 Pfennige, 100 Stück 3 Mk. — Der Streit, ob ein Katholik gleichzeitig Sozialdemokrat sein kann, ergibt nirgends so stark als bei der politisch-katholischen Bevölkerung Deutschlands. In rein katholischen Ländern wie Frankreich, Belgien, Italien und Spanien kann dieses nicht vorkommen, da die Mitglieder der dortigen sozialdemokratischen Parteien sich durchschnittlich aus Katholiken zusammensetzen, und man würde reden, der da sagte, daß ein Katholik niemals Sozialdemokrat werden kann, als ein Monstrum ansehen oder ihn einfach ausblachen. Bei uns in Deutschland ist dieses anders; die katholische Kirche und ihr Geistlichkeit hat den Polen eingeredet, daß der Niedertritt zur Sozialdemokratie gleichbedeutend mit dem Abfallen des katholischen Glaubens wäre. Die katholisch-polnische Geistlichkeit hat auch wiederholentlich die polnischen Sozialdemokraten als Abirrungen und Feinde von der Kanzel proklamiert.

Die obengenannte Broschüre hat nun den Zweck, dem polnischen Arbeiter die Augen zu öffnen. Gerade jetzt, wo die polnischen Arbeiter als Sachsgänger u. c. beinahe in jedem Teile Deutschlands einzutreffen sind, wäre es am Platze, daß die Agitationssmissionen und Vertrauensmänner sich mit diesen Broschüren versehen würden, um bei ihren Agitationstouren das polnische Proletariat mit dem besten Agitationsmaterial zu versorgen.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch eine abfällige Kritik der Palästinareise des Kaiserpaars, wurde der Zigarettenfabrikant Fritz Sauer von der Hirschberger Sirazammer zu zwei Monaten Festungshaft verurtheilt.

In Danzig wort ein Kasernewärter Lula von den Soldaten „herzige Monarch“ genannt worden; er hatte sich gegen diese Bezeichnung gewehrt, weil er meinte, ein „Monarch“ bedeute sowiel als ein minderwertiger herumziehender Mensch. Thatsächlich ist der Ausdruck „Monarch“ in vielen Gegenden die ganz gewöhnliche und ländliche, durchaus harmlos und ohne jede unehrerbietige Nebenabsicht gebrauchte Bezeichnung für Wanderarbeiter; namentlich werden in Schleswig-Holstein die Chausseearbeiter so genannt. Welchem Zusammenhang oder welcher sonderbaren Volksetymologie der Ausdruck seinen Ursprung verdankt, wissen wir nicht. Hier wurde nun aber die Sache ernsthaft aufgesucht. Der Kasernewärter verlor sein Amt und wurde wegen „Majestätsbeleidigung“ (?) angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust! Der Gerichtshof sprach den Mann vernünftiger Weise frei.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Bergarbeiter im Saarrevier. Wie der Saarische Telegraph meldet, haben heute auch die Arbeiter auf der Grube Karlsberg-Spitte die Arbeit niedergelegt. Auch auf dem Eisen- und Stahlwerk von Wendel in Hagen und Groß-Riedebe stadt die Arbeit wegen Kohlenangels; 500 Arbeiter sind gestruen, zu feiern. Im Ganzen sind durch den Streik 200 Arbeiter erbeitslos; in Rösel dauert der Streik fort.

Der Streik der Ziegeleiarbeiter in Groß und Umgegend umfaßt bereits 1200 Mann. Es handelt sich um die Verkürzung der Arbeitszeit auf das gefestigte Maß von elf Stunden. Die Unternehmer behaupten, ihre Betriebe seien keine fabrikations- und deshalb seien sie nicht verpflichtet, den Erftstundentag einzuhalten.

Der Maurerstreik in Marseille ist zu einem allgemeinen Bauarbeiterstreik angewachsen. Die Zahl der Ausständigen wird auf 10.000 geschätzt. Ein schiedsrichtlicher Spruch ist, wie gewöhnlich, an den Widerstand der Unternehmer gehoben, trotzdem die Arbeiter ihre Forderung von 1 Franc 20 Cts. Stundentlohn für Überzeit haben fallen lassen und sich darauf beschränkt, 6 Francs Tagelohn für Maurer und 3½ Francs für Handlanger zu fordern.

Aus aller Welt.

Sechs Menschen ermordet. Aus unbekannter Ursache ermordete in einem Dorfe bei Helsingfors, ein Arbeiter sechs Menschen, unter ihnen zwei kleine Kinder. Der Mörder ist entflohen.

Bei einer Schlägerei zwischen einem Soldaten und einem Angehörigen eines Bürgers in Prag in der Nacht auf Freitag wurde der letztere durch einen Schlag gegen den Hinterkopf so schwer verletzt, daß er bald an Verblutung starb. Der Soldat entfloh.

In einem Ausfall von Geißesförderung überfiel in Odessa ein Angehöriger des Sollamtes seine fünf Kinder, während sie schliefen, und brachte ihnen mit einem Hammer so schwere Verwundungen bei, daß zwei Kinder sofort tot waren und die drei anderen ebenfalls im Krankenhaus, wozu sie gebracht worden waren, verstarben. Die schwer verwundete Frau ist noch am Leben.

Über einen Kampf mit einem Adler wird aus den Zeitungen berichtet. Über den Monte Nero in den

drei bis vier Felsen, die sich in einem schwer zugänglichen Felsspalt befinden und Junghaben. Um zu dem Horste zu gelangen, mußte man etwa 300 Meter hoch einen steilen Felsschlangen emporkriechen. Die beiden Jäger unternahmen das Wagnis, in der Hoffnung, die jungen Adler lebendig in die Hände zu bekommen. Aber etwas in halber Höhe der Felswand wurden die Jäger von dem alten Adler angegriffen. Sie verteidigten sich, so gut sie konnten. Auf einmal erscholl der Jäger Mariano einen Schnabelhieb ins Auge, verlor den Halt und stürzte die Felwand hinunter. Dem anderen Jäger gelang es, den Adler durch einen Schuß zu töten und sich nachher der Jungen zu bemächtigen. Als er mit der Beute wieder herunter kam, stand er seinen Kameraden im Sterben liegen. Der Unglücksrabe hatte beide Beine gebrochen und starb im Innern schwer verletzt. Er zählte erst 36 Jahre und hinterließ Frau und zwei Kinder.

Locales und Provinziales.

Breslau, den 18. Mai 1899.
Schutz den Breslauer Arbeitern und Arbeiterinnen!

Um den gesetzlichen Bestimmungen, welche in der Gewerbeordnung zum Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen erlassen sind, überall Beachtung und Anerkennung zu verschaffen, hat das Gewerkschaftskartell für Breslau und Umgegend den Unterzeichneter zu dem Zwecke gewählt, wahrheitsgetreue Belege über den über Sonntagsarbeit, ungefundne Arbeitsräume, mangelhafte Schutzaufrichtungen an Maschinen, Ankleides- und Waschräume, Bedürfnisanstalten, Arbeitsordnungen, Strafgelder, Dauer der Arbeitszeit der Kinder, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen über 16 Jahre entgegenzunehmen und für schlemige Abhilfe Sorge zu tragen. Den Beschwerdeführenden ist strengste Verschwiegenheit gesichert.

Gustav Höhne,
Neue Tauenstrasse Nr. 85, III.

Die Parteigenossen

werden dringend ersucht, über die Maifeier-Programme, Maizeichen und Maiversammlungskarten sofort abzurechnen.

* **Büntlich um 1/4 Uhr** beginnt die Volksvorstellung morgen Nachmittag im Thaliatheater. Die Volksvorstellung ist keine Volksversammlung, zu der man eine halbe Stunde zu spät kommen kann. Eintritt findet eine halbe Stunde früher statt. Ferner müssen alle Genossen, welche Billets zum Verkauf haben, dieselben Sonnabend Abend oder spätestens Sonntag früh bis 9 Uhr abnehmen, da die übrig gebliebenen Billets an der Kasse verkauft werden.

* **Die Fleischerei in Deutschland** ist den Agrariern bekanntlich ein Dorn im Auge, weil sie wenigstens ein kleines Hindernis bietet, die inländischen Fleischpreise zu immer unerschwinglicher Höhe hinaufzutreiben. Eben sind die Herren d'rauf und d'r'an, das Fleischschauge setz so zu gestalten, daß dadurch die Fleischerei so gut wie unmöglich gemacht wird. Da muß um so mehr hingewiesen werden auf die große Bedeutung, welche die Einfuhr von frischem Fleisch und Fleischwaren für die Volksnahrung im Lande gewonnen hat. Nach der Handelsstatistik sind im Jahre 1898 eingeführt an frischem Fleisch 145,151 (1897 14,990) Doppel-Zentner Rind- und Kalbsfleisch, 151,957 (112,113) D.-Z. Schweinefleisch und 1190 (747) D.-Z. sonstiges Fleisch. Aus den Niederlanden fahren allein 157,250 D.-Z. frisches Fleisch, aus Dänemark 86,550 D.-Z. Der Wert des eingeschafften frischen Fleisches betrug 25,37 Mill. Mk. gegen 13,67 Mill. im Jahre 1897, ist also um fast 10 Mill. Mk. gestiegen. An einfach zubereitetem Rind- und Kalbfleisch sind eingeführt 23,037 (1897 21,705) D.-Z., an einfach zubereitetem Schweinefleisch 98,540 (42,499), Schweineschinken 53,484 (33,166) D.-Z., Schweinefleisch 277,652 (170,104) D.-Z., Würste 43,497 (18,509), Büffelfleisch 40,022 (34,544) und Fleischextrakt 13,075 (10,955) D.-Z. Die Steigerung war also bei allen Artikeln beträchtlich. Der Wert des eingeschafften einfach zubereiteten Fleisches und der Fleischwaren betrug im Jahre 1898 55,76 Mill. Mark gegen 35,82 Millionen im Jahre 1897. Im Ganzen sind also an Fleisch- und Fleischwaren eingeführt im Jahre 1898 für 81,12 Mill. Mark gegen 48,85 Mill. im Jahre 1897 und 35,43 Mill. im Jahre 1896. Die Fleischerei ist also im letzten Jahre um 32,27 Mill. Mark gestiegen. Im Jahre 1899 sind in den ersten drei Monaten für 20,16 Mill. Mk. Fleisch &c. eingeführt gegen 19,45 Mill. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

Diese Zufuhr abschneiden, heißt die Volksnahrung auf das Schwert geföhrt. Aber was fragen die Junker danach, wenn sie nur volle Taschen haben!

* **Die Kohlenbarone Oberschlesiens** machen glänzende Geschäfte. Die Berichte der oberschlesischen Aktiengesellschaften in der Montanindustrie zeigen, daß das Jahr 1898 in geschäftlicher Beziehung nicht nur eins der besten, sondern bisher das beste überhaupt gewesen ist. Die Friedenshütte (Oberschlesische Eisen- und Stahlwerke AG) hat einen Reingewinn von 2½ Mill. Mk. gebracht; die genannte Aktiengesellschaft verteilt 7 Proz. Dividende (1897: 6½ Proz.). Auf Donnersmarckhütte (Oberschles. Eisen- und Kohlenwerke A.-G. Zabrze) hat das Jahr 1898 einen Reingewinn von 3½ Mill. Mk. ergeben, der Dividendenatz ist von 10 Proz. (1893) auf 12 Proz. gestiegen. Vorstand und Aufsichtsrath erhielten 67,120 Mill. anantierten. Die Donnersmarckhütte läßt dieselbe, auf der vor kurzem etwa 700 Arbeiter verhaftet wurden, dem Kriegerverein beitreten; die Hütte bezahlte damals sogar — welche Großmuth! — für Eintretende das Eintrittsgeld!

* **Vom Stadtanschluß.** Herr Weiß will als Nachfolger des jetzigen Besitzers das Etablissement „Zum russischen Kaiser“. Neue Zusatzen und die Matthiastraße als Gasthof betreiben. Er sucht deshalb beim Stadtanschluß um die erforderliche Konzession nach. Das Polizeipräsidium erhält gegen die Erteilung Widerstand und führt zur Begründung an, daß in dem Grundstück sich nur drei einfache und preiswerte Wohnungen mit sechs Betten befinden. Das Grundstück ist demnach nicht für den Wohnungsbau geeignet.

localitäten, besonders für den mehr als 1000 Personen fassenden Tanzsaal. Zum Tanz sei der Schnaps nicht gerade erforderlich, und das Bedürfnis an Schnäppchen sei in jener Gegend gedeckt. Das Polizeipräsidium beantragt aus diesen Gründen die Abweitung des Gesuchs. Der Stadtanschluß stellte sich auf denselben Standpunkt und versagte die Genehmigung.

* **Der Jahresabschluß der Stadthauptkasse** hat für das Rechnungsjahr 1898/99 einen Überschuss von 952,610 Mark ergeben, welcher bestimmungsgemäß in den Stadthaushaltsetat für das Jahr 1900 als außerordentliche Einnahme einzustellen ist.

* **Freibäder.** Der hierfür Magistrat steht bekannt, daß der Stromabwärts liegende Theil der unterhalb der Mittelmühle gelegenen Karl Schmidt'schen Badeanstalt an jedem Montag und Donnerstag von nicht mehr schulpflichtigen männlichen Personen unentgeltlich benutzt werden kann.

* **Wochenbericht des statistischen Amtes der Stadt Breslau.** In der Berichtswoche vom 30. April bis 6. Mai 1899 sind 102 Geburten gemeldet worden. In der Vorwoche wurden 278 Kinder geboren. Davon waren 237 männlich, 41 weiblich, 267 lebend geboren (139 männlich, 128 weiblich), 11 todtgeboren (7 männlich, 4 weiblich). Einschließlich der nachträglich Meldeten sind 195 Sterbefälle (106 männliche, 89 weibliche) in der Berichtswoche vorgesehen. Todesursachen: Schädel —, Nasen und Röhrlin —, Rose —, Diphtherie 1, Reuchusten 1, Unterleibstypus —, Ruhr —, Brüderfall 1, Magen- und Darmskatarrh 14, andere acute Darmskatarrheen —, akuter Gelenkheumatismus —, andere Infektionskrankheiten (das ist Influenza) —, Krebs 13, Gehirninfarkt 7, Krämpfe 7, andere Krankheiten des Gehirns 8, Lungenschwindsucht 33, Lungen- und Luftröhren-Entzündung 22, andere acute Krankheiten der Atmungsorgane 3, andere Krankheiten der Verdauungsorgane 8, Lebenschwäche und Atrophie der Kinder 9, alle übrigen Krankheiten 59, Verunglücksung 4, Selbstmord 6, Todtag —, unbekannt 1.

* **Getzgarten.** Am Samstagabend waren wiederum die Konzerte kolossal besucht und fanden die von den Verlagter vorgebrachten Piecen den lebhaftesten Beifall. Einige humoristische Einlagen wurden so lärmisch bejubelt, daß Maestro Giordano unermäßig Zugaben bitten mußte. Der schmale Saal ist für derartige Veranstaltungen wie geschaffen und sind für den Sommer von der Direktion vollständig gesellte geplant.

* **Der Mörder Hermann** ist nicht, wie gemeldet, am 5. d. M. in das Trieger Buchhaus überführt worden, sondern befindet sich noch im beständigen Untersuchungsgesetz.

* **Berschützt.** Gestern, Vormittags, hat sich, wie bereits mitgetheilt, am Nikolaifeldgraben ein schwerer Unfall, veranlaßt durch den Zusammenbruch einer Kanalbaugruben, zugetragen, wobei zwei Leute erheblich verletzt wurden, während der dritte, ein Steinlehrling, der demnächst Geselle werden sollte, den Tod davontrug. Seit mehreren Wochen wurden am Nikolaifeldgraben in dem Theile zwischen Königsplatz und Berlinerplatz Kanalarbeiten ausgeführt. Gegenwärtig war man damit beschäftigt, die 4½ Meter tiefe Grube auszuschütten. Dies war zum größten Theile geschehen und heute sollte noch das letzte Stück, welches am Berlinerplatz endete und vor den Grundstücken Am Nikolaifeldgraben 24, 25 und 26 liegt, ausgeschüttet werden. Die Grube war sehr stark verpeist, hölzerne Speichen wechseln mit eisernen Speichen in kurzen Zwischenräumen. Man hatte bereits begonnen Boden einzuarbeiten, weshalb eine der untersten Speichen weggenommen werden mußte. Kaum war dies geschehen (es war etwa 7½ Uhr) als die Erdmauer auf beiden Seiten nachgab und die gerade an dieser Stelle befindlichen Leute, und zwar den Arbeiter Schwerin von der Werderstraße und die Steinlehrlinge Adolf Raß aus Oswig und Karl Puffe von der Bergmannstraße verschütteten. Raß lag ziemlich oben, so daß er bald aus dem Erdreich befreit werden konnte, worauf er in das Allerheiligste-Hospital gebracht wurde. Er scheint erhebliche Quetschungen des Brustkorbes erlitten zu haben. Schwerin da gegen lebte, jedoch befand er sich in einer sehr gefährlichen Lage. Er schwante, den Kopf nach oben zwischen Balken und Erdmauer mit dem Leibe eingeschlossen. Er konnte alles sehen was um ihn her vorging. Es mußte, um ein weiteres Nachstürzen zu verhindern, mit der allergrößten Vorsicht gearbeitet werden. Wiederholte wurde dem Bedauernswerten Wein eingestellt. Erst nach 1¼ Stunde war es möglich, den Mann herauszuschaffen. Die Beine hatten frei gehangen und waren anscheinend nicht gebrochen. Auf einer Tragbahre wurde der Verunglückte gleichfalls in das Allerheiligste-Hospital gebracht. Wenige Minuten darauf wurde auch die Leiche Puffes herausgeholt. Sie wurde zunächst in die Baude gelegt, von wo sie dann nach der Autamie abgeführt wurde. Die ganze Bergungsarbeit hatte etwa zwei Stunden in Anspruch genommen. An der Unfallstelle waren sofort Stadtbauramsposten, Kriminalkommissar Allem, Inspektor Blasch und zwei Polizeikommissare mit zahlreichen die Unfallstelle absperrenden Schutzleuten erschienen. — Ein armer Unfallglückte vorübergehender unbekannter Herr, welcher sich von dem Vorfall ergriffen ließ, behandelte sogleich seine Wohlthätigkeit, insofern er für den unglücklichen Arbeiter Schwerin (Werderstraße 23 wohnt), der Enthüter einer zahlreichen Familie ist, ohne seinen Namen zu nennen, den Betrag von 25 Mark spendete.

* **Unglücksfälle.** Einem Tapetierlehrling wurde durch die Tapetenmalerei der Regel von dem linken Baum abgerissen. — Ein Knabe wurde durch einen Radfahrer umgefahren, wobei er verschiedene Verletzungen und einen Bruch des Nasenbeins davontrug.

* **Einem Schlosser von der Tauenstrasse** wurde durch eine Maschine der linke Zeigefinger zerquert. Diesen Verunglücksdienst wurde im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Hilfe geleistet.

* **Leichenfund.** Gestern Vormittag wurde am Stegen bei der Werdermühle die Leiche einer 40 bis 45 Jahre alten weiblichen Person aus der Oder gepackt und dann in die Anatome gebracht. * **Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigefängnis wurden am 10. und 11. d. M. 74 Personen eingeleitet. — Gefundene wurden: ein Paar Handschuhe, ein Kinderjäckchen, ein schwarzer Damengürtel, zwei Paar Strümpfe, eine Schürze, zwei Tischdecken, eine Brosche, in Form eines Siegesthalers, ein Spazierstock mit einem Eisenbeinhärt. ein Trauring, 10 Päckchen Frankfurter, ein großer Mädchen-Umhang, eine Fräuleinkette, eine Brille. — Abhanden kamen: ein Hundertmarkchein, eine goldene Kinderhalstette mit einem Herz, eine goldene Damenuhr mit einer Rödelkette, ein farbiges Gedächtnisbuch und zwei Geschäftsbücher.

Gewerbericht. Sitzung vom 8.

Lettgarten. **Zeltgarten.**

Täglich:
Reitergalleri in Uniform

Kavalier Erfolg.
Nur 10 Pf. Entrée

Anfang 7 Uhr
Sonntags 8 Uhr
Matinee: Sonntags und
Abends 9.15 Uhr gänzlich frei.

ob Morgen. Wellige Preise
für Sessel u. Getränke.

Volksgarten.

5004 Morgen Sonntag:

Erstes großes Konzert

von der

Breslauer Konzert-Sapelle

Direktion: Werner.

Anfang 4 Uhr.

Stadt-Theater.

Sonnabend:

„Don Carlos“.

Sonntag Nachmittag 3½ Uhr:

„Rora“.

Abends 7½ Uhr:

Gaußspiel.

Alois Burgtaller.

„Siegfried“.

24 Uhr

beginnt die Volksvorstellung im Thalia-Theater. Wir ersuchen die Genossen um pünktlichen Besuch. Um 3 Uhr wird das Theater geöffnet.

Lobe-Theater.

Sonnabend:

„Die Sehnsucht“.

Sonntag Nachmittag 3½ Uhr:

„Im weißen Rößl“.

Abends 7½ Uhr:

„Paradies“.

„Die Gefährten“.

„Der grüne Kakadu“.

Thalia-Theater

Sonnabend:

„Mamill Angot“.

Deutsches Theater.

Sonnabend:

„Die Löwenbrant“.

Sonnabend:

„Schluß der Hasen“.

Sonnabend Nachmittag 3½ Uhr:

Bei ernsthaften Einsichtspreisen:

„Die Löwenbrant“.

Abends 7½ Uhr:

„Mit Veranlaßung“.



Neu eröffnet!

Schuhwaaren-Haus

Ernst Wiedner
Schuhmachermeister
3 Gneisenauplatz 3.

Für Damen:

s. s. satiniert Halbschuh zum Schnüren und zum Knöpfen M. 3.90
d. d. mit

Lackfrott elegant 4.40

Brauner Ziegelst.-Halbsch.

z. Schnüren u. z. Knöpfen 3.95

Braun e. z. Ziegelst.-Futter

Schrifstiel. elegant 7.—

Prima Gemüster-Chic-Sch.

hochlegant 2.50

Prima Lack-Chic-Sch., hoch-

legant 2.75

Zug-, Schär., Knopf-Sch. und

Stiefel in Lac, Satin, Glacé, Cetin,

Vor Galf zt. in allen Ausführungen

vom billigsten Genre bis zur feinsten

Handarbeit 4.944

Für Herren:

schwarz glatt satiniert Halb-
schnürschuh und mit Gummizug.

d. d. d. Ia. Handarbeit M. 5.—

Prima I. Ziegelst.-Schnürsch.

5.50

Prima Herren-Gamaschen,

elegant 5.—

Prima Herren-Gamaschen,

Handarbeit 5.50

Prima Spiegelroß a. 1 Std.

auf echt Rand 8.— u. 10.—

Prima Beige-Gamaschen

auf echt Rand 8.—

Kinder-Schuhe u. -Stiefeln b. 90 Pf. an

Größtes Lager von Kinderschuhen u.

Stiefeln in allen Größen.

Rittstiefel, Schafstiel, herren-

Gamaschen von Lac, Glacé, Satin,

Vor Galf in allen Färgen.

Spezialität: Handarbeit.

Für reelle Paare mit Leders-

handschuhe und Ledertasche.

♦ Eigene Reparaturwerkstatt. ♦

3 Gneisenauplatz 3.

Jacquets

farbig und schwarz,
aparte Neuheiten mit
Handverschnürung,
mit und ohne Futter

2½, 3½, 5½, 7½, 10—30

Kragen

lose und anliegend, im
Seiden-Damassé,
Ramage, Sammet u. Rips
in neuesten Ausführungen.

2½, 3½, 4½, 6—25 Mk.

Costume

chicke Façons, mit und ohne
Verschnürungen, mit Volant-

Böcken.

10, 13½, 16—40 Mk.

R.G. Leuchtag

Nachf.

Nicolaistr. 8.

30 Sophas und Divans

werden einzeln auf Ab-
zahlung mit einer An-
zahlung von 5 Mark
und wöchentlich Ab-
zahlung von Mk. la
abgegeben. 45424

S. Osswald

Schuhbrücke 74, I.

Neue Wickelformen

langere Regens hat Stoff abzugeben

Bestückung: Donnerstag u. Sonntag

Mittwoch 4000

Richard Spiess, Str. 5, II.

Strohhüte

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

4000

